



Stefan Klein, MdL, An der Windmühle 2 b, 38226 Salzgitter
Marcus Bosse, MdL, Bahnhof 1 C, 38300 Wolfenbüttel

13.03.2009

Pressemitteilung

Die Pläne der Landesregierung zur Zusammenarbeit zwischen Hauptschulen und berufsbildenden Schulen sind nicht durchdacht und teuer

In einer kleinen Anfrage fragen die SPD-Landtagsabgeordneten Marcus Bosse und Stefan Klein die Landesregierung welche Auswirkungen die geplanten Maßnahmen zur Veränderung der Schulstruktur in Salzgitter haben.

Hintergrund für die Anfrage sind die Pläne der Landesregierung zur Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen.

So will die Landesregierung, dass die Hauptschule zukünftig mit Elementen der Berufsausbildung belastet wird. Die Hauptschulen sollen dafür einen „institutionellen Verbund“ mit einer berufsbildenden Schule bilden. Schülerinnen und Schüler des 9. und 10. Schuljahrganges sollen dann an zwei Tagen pro Woche Fachpraxis- und Fachtheorieunterricht im Umfang von 14 Stunden an der berufsbildenden Schule erhalten.

„Ich befürchte die Pläne werden zur Erhöhung der Kosten für die Schülerbeförderung in Salzgitter führen. Fraglich ist auch, ob die räumlichen Voraussetzungen vorhanden sind, um Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen an den berufsbildenden Schulen in Salzgitter unterrichten zu können“, sagte Klein.

Abgesehen davon, dass der Vorschlag pädagogisch unausgegoren ist, er ist auch sonst völlig undurchdacht. „Es kann doch nicht wahr sein, dass in Salzgitter zukünftig die Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen an zwei Tagen pro Woche an Ludwig-Erhard-Schule oder an der BBS Fredenberg unterrichtet werden und die Kosten der Schülerbeförderung nicht bedacht wurden.

Auch die Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung, den Schulalltag und Schulorganisation der berufsbildenden Schulen in Salzgitter muss die Landesregierung beantworten“, forderte Bosse.

Wenn die Pläne wider besseres Wissen umgesetzt werden, müsse die Landesregierung für die bestehenden Kosten gerade stehen.

„Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“, so die Abgeordneten.

PRESEINFORMATION